



ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.

Antworten der SPD zum Fragenkatalog der bagfa – Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.

1. Das bürgerschaftliche Engagement hat sich in der vergangenen Legislatur weiter entfaltet. Was war dabei für Sie besonders bedeutsam?

Die Politik für das bürgerschaftliche Engagement trägt Früchte. Umfrageergebnisse zeigen: Im Zeitraum von 1999 bis 2004 kam es zu einer Zunahme der bürgerschaftlich Engagierten in Deutschland. 23 Millionen Menschen engagieren sich für das Gemeinwohl, den sozialen Zusammenhalt in über 600.000 Vereinen, in Genossenschaften oder informellen Netzwerken in ihrem Kiez, Viertel oder Ihrem Stadtteil.

In der letzten Legislaturperiode haben wir wie in den vorausgehenden systematisch die rechtlichen Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickelt. Mit der großangelegten Reform „Hilfen für Helfer“ haben wir das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland um etwa eine halbe Milliarde Euro entlastet. Ein erfreuliches Ergebnis der Reform: 2007 und 2008 kam es erstmals zu über 1000 neuen Stiftungserrichtungen pro Jahr. Mit dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz haben wir das bürgerschaftliche Engagement und die Selbsthilfe strukturell im Pflegebereich verankert. Wir haben eine Haftungsbegrenzung für ehrenamtliche Vereinsvorstände in das Vereinsrecht eingeführt und damit Hürden für die Übernahme von Verantwortung in Vereinen und Stiftungen abgebaut.

Die Freiwilligendienste als innovative Form des bürgerschaftlichen Engagements wurden von uns weiter ausgebaut. Mit den Freiwilligendiensten ‚weltwärts‘ und ‚kulturweit‘ haben wir für die Jugendfreiwilligendienste die Aufgabenfelder der Entwicklungshilfe und der auswärtigen Kulturpolitik erschlossen. Mit dem neu aufgelegten Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“ führen wir das erfolgreiche Programm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ unter neuen Rahmenbedingungen fort.

In den letzten Jahren ist es uns gelungen, mit der Engagementpolitik auf Bundesebene ein neues Politikfeld zu etablieren. Die Parlamentarische Begleitung des Themas durch den auf Initiative der SPD eingesetzten Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement hat sich bewährt und muss auch in der kommenden Legislaturperiode fortgesetzt werden. In den zurückliegenden Legislaturperioden ist die Sensibilität für das Bürgerschaftliche Engagement in den unterschiedlichen Ressorts gewachsen. Wir haben die Engagementpolitik durch Auf- und Ausbau einer Infrastruktur auf Bundesebene fest verankert.

Ihr wirkliches Innovationspotential entpuppt Engagementpolitik aber erst dann, wenn sie als gesellschaftspolitisches Leitbild ernst genommen wird. Aus diesem Grund muss der im Juli im Kabinett angestoßene Prozess, mit dem Engagementpolitik als Querschnittspolitik auf Bundesebene ausgebaut werden soll, in der kommenden Legislaturperiode fortgeführt werden.

Die dialogische Einbettung dieses Prozesses und die Beteiligung der Bürgergesellschaft sind uns wichtig. Aus diesem Grund haben wir auch einen früheren Kabinettsbeschluss verhindert und mit dem Koalitionspartner nachverhandelt. Nur so konnten wir sicherstellen, dass der Politik für mehr Partizipation auch eine partizipative Politikformulierung zu Grunde liegt. Wir haben durchgesetzt, dass das Nationale Forum für Engagement und Partizipation namentlich im Kabinettsbeschluss Erwähnung findet. Und wir haben durchgesetzt, dass die Fortführung des Forums in der kommenden Legislaturperiode zum Bestandteil des Kabinettsbeschlusses gemacht wurde.

2. Wo sehen Sie für eine Weiterentwicklung den größten Handlungsbedarf bezogen auf:

- a) gesellschaftliche Entwicklungen, die bürgerschaftliches Engagement erforderlich machen?**
- b) Personengruppen, die bisher an der Mitgestaltung und Mitverantwortung des gesellschaftlichen Lebens weniger beteiligt waren?**

Die SPD hat in den letzten Legislaturperioden Bürgerschaftliches Engagement durch den Aufbau und die Weiterentwicklung ermöglichender Infrastrukturen in Kooperation von Staat und Bürgergesellschaft auf Augenhöhe gefördert. Die mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen einhergehenden neuen Herausforderungen und Problemlagen machen die Pflege solcher Infrastrukturen an mehreren Schauplätzen erforderlich:

Demographischer Wandel: Die Chancen des längeren Lebens müssen genutzt werden. Ältere Menschen haben viel zu bieten: Erfahrungen, Kompetenzen und Zeit. Sie stehen noch lange nicht am Ende ihres aktiven Lebens sondern treten in eine Lebensphase mit neuen Freiheiten ein. Auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft braucht es die Mitwirkung aller gesellschaftlichen Kräfte. Ältere Menschen sind bereit, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen, bringen Erfahrungswissen und Kompetenzen mit, die sie im bürgerschaftlichen Engagement an Andere weitergeben oder mit ihnen teilen können. Sie erwarten aber auch, dass sie angemessene Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden erhalten.

Familie: Über die Lebensbedingungen einer Familie entscheidet die Situation vor Ort. Getreu dem Sprichwort „Um ein Kind zu erziehen braucht man ein ganzes Dorf“ müssen Allianzen und lokale Bündnisse für die Familie geschmiedet werden. Dazu gehört auch eine breite Palette von Unterstützung durch Bürgerengagement der Vereine, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen.

Bildung und Schule: Bildung braucht die Vernetzung mit der Bürgergesellschaft. Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch Orte der Begegnung, des Engagements und Teilhabe. In Schulen soll nicht nur für das Leben gelernt, sondern auch das Leben erfahrbar werden.

Gesundheit: Durch die Förderung präventiver Maßnahmen können zahlreiche Gesundheitsrisiken drastisch reduziert werden. In diesem Feld leisten Vereine und bürgerschaftliche Organisationen seit vielen Jahren unschätzbare Arbeit. An erster Stelle sind hier die Sportvereine mit ihren breiten Angebotspaletten und die in Kooperation mit Firmen organisierten Betriebs-sportmöglichkeiten sowie die gewachsenen Selbsthilfestrukturen zu nennen. Die Selbsthilfe ist zu einer "vierten Säule" im System gesundheitlicher Versorgung herangewachsen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesunderhaltung und Problembewältigung, insbesondere chronisch Kranker und Behinderter, aber auch von Menschen mit psychosozialen Problemen. In diesem Zusammenhang ist es als Erfolg zu verbuchen, dass mit dem neuen Pflegeweiterentwicklungsgesetz neben dem bürgerschaftlichen Engagement auch die Integration der Selbsthilfestrukturen in die bestehenden Strukturen des Pflegesystems erreicht werden konnte.

Inklusion: Durch bürgerschaftliches Engagement können Brücken gebaut werden und Teilhabe durch aktive Mitwirkung ermöglicht werden.

Wir wollen auch jene mitnehmen, die bisher eher am Rande stehen. Noch immer ist das bürgerschaftliche Engagement unter Migrantinnen und Migranten weniger verbreitet, da die Zugänge oft erschwert sind. Aktives Mitmachen durch ein Engagement ist an Voraussetzungen gebunden: Wer sich bürgerschaftlich engagieren soll, muss sich selbst auch als Bürger identifizieren können. Dazu müssen auch die Rechte von Migrantinnen und Migranten gestärkt und ihnen die volle Anerkennung als Bürger zuteil werden. Nicht unterschätzt werden darf die Bedeutung des Engagements in Migrantenselbstorganisationen. Hier fehlt es an systematischem Wissen über Migrantenselbstorganisationen auf der Ebene des Bundes und der Länder, und es fehlt an einer Fachdiskussion, in der positive Beiträge von Migrantenselbstorganisationen zur Integration hervorgehoben werden.

a. Strategieplanungen und engagementfördernde Infrastrukturen?

In der kommenden Legislaturperiode muss es darum gehen, Engagementpolitik weiter als Querschnittspolitik auszubauen. Mit dem „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ wollen wir den nächsten Schritt nehmen: Bürgerschaftliches Engagement muss als Querschnittsaufgabe weiterentwickelt werden. Dazu sollen die Aktivitäten der Ressorts systematisch aufeinander abgestimmt werden und gemeinsam mit der im Nationalen Forum entwickelten Agenda zu einer engagementpolitischen Strategie weiterentwickelt werden.

3. Welche konkreten Maßnahmen und Programme planen Sie in diesen Bereichen? Und welche Bedeutung messen Sie dabei den lokalen Freiwilligenagenturen/ Freiwilligenzentren als Entwicklungsagenturen, ihren Landesarbeitsgemeinschaften und der bagfa bei?

Um die Ansätze bürgerschaftlichen Engagements in den genannten gesellschaftlichen Bereichen zu stärken und zu fördern plant die SPD eine Reihe an Maßnahmen, unter anderem:

- Wir setzen auf eine strukturelle Stärkung von Migrantenselbstorganisationen, die eine soziale und gesellschaftspolitische Teilhabe der Zuwanderer verfolgen.
- Wir setzen auf die verstärkte Einbindung der Migrantinnen und Migranten in die Engagementstrukturen.
- Wir wollen Tandemträgermodelle entwickeln und fördern, um Migrantenselbstorganisationen als Träger in unterschiedlichen Freiwilligendiensten aufzubauen.
- Wir wollen Gelegenheitsstrukturen in den Kommunen entwickeln, damit Ältere ihre Potentiale im Rahmen echter Beteiligungsmöglichkeiten zur Mitwirkung einbringen können.
- Wir wollen mit Programmen wie Freiwilligendienste aller Generationen und Aktiv im Alter neue Wege gehen und eine selbstbestimmte und mitbeteiligungsorientierte Lebensform älterer Menschen auf kommunaler Ebene ermöglichen und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.
- Wir treten dafür ein, dass Schulen Räume und Gelegenheiten bereitstellen, um Engagement "zu lernen". Durch die innere Öffnung von Schulen sollen neue Formen des Unterrichtens und Lernens, Prinzipien wie Handlungsorientierungen und eigenständiges Lernen gestärkt werden. Verantwortungsgefühl soll gestärkt, Kreativität angeregt und Wertebewusstsein entwickelt werden. Die äußere Öffnung von Schulen zielt auf eine verstärkte Einbettung der Einzelschule in das umliegende Gemeinwesen ab.
- Wir wollen engagementgetragenen Initiativen und Projekte durch den Aufbau einer Infrastruktur fördern, die Engagement unterstützt, mit professioneller Arbeit begleitet und eine sachgerechte Qualifizierung ermöglicht.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements auch in der 17. Legislaturperiode weiterentwickeln.
- Wir wollen die Freiwilligendienste für alle öffnen. Das gilt insbesondere auch für Migrantinnen und Migranten. Dazu wollen wir auch die Träger und Einsatzstellen besonders qualifizieren und fördern.

- Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Jugendfreiwilligendienst gesetzlich verankern.
- Wir wollen ein Freiwilligenstatusgesetz, das die rechtlichen Regelungen von Engagierten in einem Gesetz zusammenfasst.
- Wir wollen ein Freiwilligendienststatusgesetz, mit dem alle rechtlichen Rahmenbedingungen von Engagierten in Freiwilligendiensten geregelt werden.

Die Freiwilligenagenturen und ihre Zusammenschlüsse auf Landes- und auf Bundesebene sind für diese und andere Maßnahmen wichtige Kooperationspartner der Politik. Sie stellen einen wichtigen Ausschnitt einer Infrastruktur bürgerschaftlichen Engagements dar und übernehmen bereits jetzt vielfach die Rolle von Trägern im Bereich der Freiwilligendienste.

- 4. Wie kann nach Ihren Vorstellungen sichergestellt werden, dass diese Engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen ihre Aufgabe verlässlich wahrnehmen und dass gleichzeitig die von ihnen ausgehende kreativen Impulse gestärkt werden können?**
- 5. Wird ihre Partei dazu in der nächsten Legislaturperiode ein Finanzierungsmodell für Infrastrukturförderung vorlegen? Wenn ja, wie und in welcher Form soll es umgesetzt werden?**
- 7. Inwieweit unterstützen Sie die Forderung der bagfa, den Förderzeitraum für Engagement fördernde Infrastruktureinrichtungen auf 5 Jahre zu verlängern?**
(Gemeinsame Beantwortung der Fragen 4, 5, und 7)

Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich vor allem in Netzwerken und unterschiedlichen Formen der Kooperation. Ehrenamtlichkeit braucht Hauptamtlichkeit, braucht personelle Unterstützung, Anlaufstellen und Gelegenheitsstrukturen. Die Netzwerke der Bürgergesellschaft sind keine Kooperationsformen "von Staats wegen", sondern Formen der Selbstorganisation einer aktiven und lebendigen Bürgergesellschaft. Wir unterstützen den Erhalt und den Ausbau der Freiwilligen- und Netzwerkstrukturen.

Für die SPD bedeutet Ermöglichung Ausbau von Infrastrukturen ohne Eingriff in die inhaltliche Autonomie, den ‚Eigensinn‘ von Bürgerschaftlichem Engagement. Wir wollen die Förderung für einen Zeitraum von zumindest fünf Jahren verbindlich gegenüber Trägern und Einrichtungen zusichern, um auch längerfristig angelegte und auf Nachhaltigkeit abstellende Projekte zu ermöglichen. Bereits gegen Ende der 16. Legislaturperiode haben wir dazu ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um die rechtlichen Möglichkeiten für eine erweiterte Infrastrukturförderung des Bundes auszuloten.

Ein solches Modell von Infrastrukturförderung kann sich beispielhaft anlehnen an den Finanzierungsstrukturen des Bund-Länder Projektes „Soziale Stadt“, in dem bereits jetzt ausgewählte Programmgebiete über einen mehrjährigen Zeitraum gefördert werden und damit der Aufbau von Infrastrukturen gesichert und die Entstehung von Projektruinen verhindert wird.

- 6. Wie kann nach ihren Vorstellungen sichergestellt werden, dass ein ausreichender Spielraum für den „Eigensinn“ und selbständige Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements auch bei bundes- oder landespolitischen Programmen und Förderungen gegeben ist?**
- 10. Wie kann Ihrer Meinung nach sichergestellt werden, dass bürgerschaftliches Engagement, nicht zunehmend Ersatz für defizitäre Sozialstrukturen oder für nicht vorhandenes Personal ist?**
(Gemeinsame Beantwortung der Fragen 6 und 10)

Für die SPD gilt: Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Ausfallbürgen für notwendige Leistungen des Staates missbraucht werden. Bürgerschaftliches Engagement ist eigensinnig, lässt sich nicht verordnen. Eine Politik für das Engagement muss diesen Eigensinn erhalten. Diese Position haben wir auch mit der Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ vertreten.

Engagementpolitik kann durch den Aufbau engagementfördernder Infrastrukturen dazu beitragen, Bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen und Hindernisse und Hürden abzubauen.

8. Worin liegt für Sie der Unterschied zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Freiwilligendiensten?

Durch das Engagement der SPD wurden in den letzten zehn Jahren mehr finanzielle Mittel für die Freiwilligendienste eingesetzt, die Zahl der Stellen erhöht, die Einsatzfelder erweitert und die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert. Mit dem Programm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ und dem Nachfolgeprojekt haben wir erstmals einen Freiwilligendienst für alle Generationen entwickelt.

Freiwilligendienste sind damit eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Mit Freiwilligendiensten können neue Zielgruppen angesprochen und neue Einsatzfelder entwickelt werden. Freiwilligendienste sind damit ein Einfallstor in die Bürgergesellschaft ebenso wie eine Möglichkeit der Selbsterprobung für Jüngere und Ältere, die ein Engagement suchen oder sich einfach neu orientieren möchten. Freiwilligendienste sind damit aber kein Ersatz für die gewachsenen und traditionellen Formen bürgerschaftlichen Engagements sondern ergänzen diese.

9. Welchen Weg sehen Sie für eine dauerhafte Etablierung der Freiwilligendienste aller Generationen und welche Aufgaben sollten ihrer Auffassung nach lokale Freiwilligenagenturen bzw. die lagfas und die bagfa übernehmen?

Freiwilligendienste haben sich in der beschriebenen Form bewährt und sind aus der Engagementpolitik nicht mehr wegzudenken. Allein mit dem Bundesmodellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ (GüF) ist es uns gelungen, ca. 10.000 jüngere und ältere Menschen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Die SPD hat sich bereits am Ende des Programmes GüF dafür stark gemacht, die neu entwickelten und erfolgreichen Projektideen zu erhalten und unnötige Projektruinen zu vermeiden.

Durch die von der SPD geforderte Infrastrukturförderung wollen wir von Beginn an die Länder in die Förderstrukturen integrieren und so die engagementpolitischen Aktivitäten von Bund und Ländern enger miteinander verzahnen. Mit einer Ausweitung der Förderperiode auf fünf Jahre wollen wir außerdem die Möglichkeit schaffen, dass bereits während des Förderzeitraums stabile Strukturen und selbsttragende Finanzierungsmodelle entwickelt werden können. Dazu ist es wichtig, von Beginn an die Kommunen und Infrastruktureinrichtungen wie die bagfa und die lagfas einzubinden, die mit ihrer Kompetenz beratend und ihren Netzwerken vermittelnd solche Projektentwicklungsphasen begleiten können.

11. Es gibt eine erfreuliche Anzahl von Kooperationen zwischen lokalen Freiwilligenagenturen und Unternehmen, die der Entwicklung und dem Ausbau des zivilgesellschaftlichen Engagements dienen. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Verstetigung und Ausweitung solcher Kooperationen?

Wir erwarten von Unternehmen, ihr Engagement für die Gesellschaft zu verstärken und bürgerschaftliches Engagement im Rahmen des „Corporate citizenship“ stärker zu unterstützen, z.B. durch Freistellungsregelungen, Zeitkonten, Spenden und/oder auch Personalüberlassung. Von der Partnerschaft zwischen Wirtschaft, Staat und gesellschaftlichen Gruppen profitieren alle Beteiligten.

Wir dürfen die Fragen von Arbeitnehmerrechten im Betrieb, der Mitbestimmung und Tarifbindung bei Corporate social responsibility aber nicht außen vor lassen. Soziale Verantwortung von Unternehmen heißt Engagement nach Innen wie nach Außen und darf nicht zum reinen Imageträger verkommen. Aus diesem Grund sind wir für die Entwicklung eines Gütesiegels für engagementfreundliche Unternehmen.

Die Kooperation mit einer Freiwilligenagentur kann ein wichtiger Schritt von Unternehmen sein, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind und bereits sind, Verantwortung zu übernehmen.

12. In den letzten Jahren waren einige Freiwilligenagenturen an Projekten zur gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten beteiligt. Welche Rolle sollten Ihrer Meinung nach die lokalen Freiwilligenagenturen spielen, um die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am bürgerschaftlichen Engagement insgesamt selbstverständlicher und vielfältiger zu machen?

Inklusion durch aktive Teilhabe ist unser Leitbild für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Datenlage über das Engagement von Migrantinnen und Migranten ist noch sehr dürftig. Nach den bisher vorliegenden Zahlen ist das bürgerschaftliche Engagement unter Migrantinnen und Migranten weniger verbreitet als unter Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund. 23 % der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten waren 2004 bürgerschaftlich engagiert. Eine solidarische Bürgergesellschaft setzt auf das Engagement aller.

Wir wollen daher Beteiligungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten gezielt ausbauen. Dazu ist eine zielgruppengerechte Ansprache eine wichtige Voraussetzung. Freiwilligenagenturen vor Ort, die häufig schon jahrelange Erfahrung in der Gewinnung und Vermittlung von Freiwilligen haben, verfügen durch ihre Arbeit über wichtiges Wissen, wie eine zielgruppengerechte Ansprache von Migrantinnen und Migranten aussehen kann und sollte und wo häufig noch die Schwierigkeiten liegen. Aus diesem Grund müssen sie auch eine Schlüsselrolle spielen, wenn es darum geht, gezielt Menschen mit Migrationshintergrund für das bürgerschaftliche Engagement zu gewinnen und ihnen damit mehr Teilhabe zu ermöglichen.